

Name des Bewerbers/ der Bewerbungsgemeinschaft:

(Ort)

(Datum)

Stadt Mönchengladbach – Gebäudemanagement (gmmg)

über:

Elektronisches Vergabeportal DTVP

Teilnahmeantrag

**Neubau 7. Gesamtschule Stadt Mönchengladbach,
Vergabe Generalunternehmerleistung Hochbau + Spezialtiefbau 2. BA inkl. Lph. 5
(GU2)**

1

Wir¹ beantragen hiermit die Teilnahme an dem Vergabeverfahren zur Beauftragung der vorbezeichneten Planungs- und Bauleistungen für die schlüsselfertige Errichtung der 7. Gesamtschule der Stadt Mönchengladbach.

2

Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zum Ausschluss vom Vergabewettbewerb führen kann.

3

Wir bewerben uns

☐ als Einzelbewerber

☐ als Bewerbungsgemeinschaft

¹ Die „Wir-Form“ gilt sowohl für einzelne Bewerber als auch für Bewerbungsgemeinschaften.

4

Anlagen zu diesem Teilnahmeantrag²:

- ☐ Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil
- ☐ Vordruck 2: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. § 6e EU Abs. 1, 4 und 6 VOB/A
- ☐ Vordruck 3: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014
- ☐ Vordruck 4: Erklärung zu Umsatz und Versicherungsschutz
- ☐ Vordruck 5: Erklärung zur Anzahl der Beschäftigten
- ☐ Vordruck 6: Referenzen
- ☐ Anlage: Erklärung Eignungsleihe (Formular 534a EU)
- ☐ Anlage: Verpflichtungserklärung Eignungsverleiher (Formular 534b EU)
- ☐ Anlage: Bewerbungsgemeinschaftserklärung (Formular 531 EU)

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Teilnahmeantrags. Dies umfasst auch alle vorstehend aufgeführten Anlagen.

_____ (Ort)	_____ (Datum)	_____ (Name der erklärenden Person)
----------------	------------------	--

Mit der elektronischen Abgabe des Teilnahmeantrags über das Bietertool des Vergabeportals DTVP gilt dieser als unterschrieben. Auch nachfolgend weiter geforderte Unterschriften gelten für das Unternehmen, das den Teilnahmeantrag als Einzelbewerber oder bevollmächtigtes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft abgibt, als erbracht. Für alle weiteren Unternehmen sind die geforderten Erklärungen unterzeichnet einzureichen

² Bitte kreuzen Sie die entsprechenden Positionen an. Zu den Anforderungen an den mit dem Teilnahmeantrag einzureichenden Angaben/ Unterlagen siehe Ziff. 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung sowie die bereitgestellte Verfahrensbeschreibung.

Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

- ☐ Einzelbewerber
- ☐ Bevollmächtigter Vertreter einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Eignungsverleiher

Name und Adresse:	
Ansprechperson für das Vergabeverfahren:	
Kontaktdaten (Telefon/Fax/eMail)*:	
Internetadresse:	
Rechtsform:	
Gesellschafterverhältnisse:	
Hauptsitz:	
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall:	

* Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt allein über die Kommunikationsfunktion des elektronischen Projektraums. Eine Benachrichtigung über neue Nachrichten im Projektraum erfolgt ausschließlich an die bei der Unternehmensregistrierung hinterlegte Mailadresse des registrierten Unternehmens.

Ausfüllhinweise

Der Vordruck ist von allen an der Bewerbung beteiligten Unternehmen (siehe Kopf des Vordrucks) mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Angaben zur späteren Veröffentlichung von Daten zum Unternehmen in der Vergabe-bekanntmachung

- 1) Einordnung des Unternehmens als kleines oder mittleres Unternehmen (KMU) oder Groß-unternehmen

Mein/unser Unternehmen gilt als

- ☐ Kleinstunternehmen
- ☐ Kleines Unternehmen
- ☐ Mittleres Unternehmen
- ☐ Großunternehmen (sofern vorherige Klassifikation nicht zutreffend).

Erläuterung:

Die Definitionen sind angelehnt an Artikel 2 des Anhangs zur Empfehlung 2003/361/EG (Amtsblatt der EU L 124/36 vom 20. Mai 2003). Informationen zur Berechnung der Beschäftigtenzahlen bzw. der finanziellen Schwellenwerte sind unmittelbar der v. g. Empfehlung zu entnehmen.

- *Kleinstunternehmen (weniger als zehn Personen und Jahresumsatz/-bilanz weniger als 2 Mio. Euro)*
- *Kleines Unternehmen (weniger als 50 Personen und Jahresumsatz/-bilanz weniger als 10 Mio. Euro)*
- *Mittleres Unternehmen (weniger als 250 Personen und Jahresumsatz weniger als 50 Mio. Euro bzw. Jahresbilanzsumme weniger als 43 Mio. Euro.*

- 2) Angabe der Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers des Unternehmens, sofern das Unternehmen nicht börsennotiert ist

Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers des Unternehmens:

Erläuterung:

Als Definition des Begriffes „wirtschaftlicher Eigentümer“ kann der Begriff des „wirtschaftlich Berechtigten“ nach § 3 Geldwäschegesetz herangezogen werden (Hinweis auf § 3 GwG - Einzelnorm (gesetze-im-internet.de)).

Ausfüllhinweise

Der Vordruck ist von allen im Kopf benannten Unternehmen abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 2: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. § 6e EU Abs. 1, Abs. 4 und Abs. 6 VOB/A

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Hiermit erklären wir, dass

(bitte durch Ankreuzen bestätigen oder – soweit dies nicht möglich ist – in einer Anlage erläutern, warum gleichwohl die erforderliche Eignung zur Durchführung des Auftrags gegeben ist)

- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine zwingenden Ausschlussgründe i.S.d. § 6e EU Abs. 1 und Abs. 4 VOB/A vorliegen,
- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen nach unserer Einschätzung/ Kenntnis keine fakultativen Ausschlussgründe i.S.d. § 6e EU Abs. 6 VOB/A vorliegen.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

Ort, Datum

Unterschrift

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbungsgemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft abzugeben. Weiter ist die Erklärung von allen Unternehmen abzugeben, auf deren Kapazitäten sich der Bewerber/ eine Bewerbungsgemeinschaft zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit beruft (Eignungsleihe). Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Im Hinblick auf die vorstehend geforderten Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen i.S.d. § 6e EU Abs. 1, 4 und 6 VOB/A wird auf folgenden Text der Vorschrift verwiesen:

§ 6e EU VOB/A Ausschlussgründe

(1) Der öffentliche Auftraggeber schließt ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn er Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes zur Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

(2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Der öffentliche Auftraggeber schließt ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, oder

2. der öffentliche Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen kann.

Satz 1 findet keine Anwendung, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 6f EU Absatz 1 und 2 bleiben unberührt.

(6) Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 6e EU Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,

4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen, Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln oder

9. das Unternehmen

a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Vordruck 3: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es nach Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 vom 18.12.2023 öffentlichen Auftraggebern bis auf weiteres verboten ist, mit folgenden Personen, Organisationen oder Einrichtungen einen Vertrag zu schließen, der in den Anwendungsbereich der EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe fällt, oder sie in einem Umfang von mehr als 10% des Auftragswerts als Unterauftragnehmer, Lieferant oder auf sonstige Weise an einem entsprechenden Auftrag zu beteiligen:

- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln.

Wir versichern hiermit, dass wir keiner der vorgenannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind und auch die Unternehmen, auf deren Kapazitäten wir zum Nachweis der geforderten technischen Leistungsfähigkeit verweisen, ebenfalls nicht diesen Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind oder jedenfalls zu nicht mehr als 10% des Auftragswerts an der Ausführung des Auftrags beteiligt werden.

Ort, Datum

Name, Unterschrift

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnehmeantrag einer Bergewergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bergewergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 4: Erklärung zu Umsatz und Versicherungsschutz

Name des erklärenden Unternehmens: _____

	Geschäftsjahr	Gesamtumsatz	Umsatz mit vergleichbaren Leistungen (schlüsselfertige Planung und Ausführung Hochbau)
Umsatzzahlen der letzten drei Geschäftsjahre (in Euro, netto):			

Bitte – soweit zutreffend – durch Ankreuzen bestätigen (zwingend):

- ☐ Es besteht die Bereitschaft zum Abschluss einer projektbezogenen Betriebshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen für Personen- und Sachschäden in Höhe von jeweils mind. 10 Mio. €, zweifach maximiert,

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Auf die Mindestanforderungen an den Umsatz unter Ziff. 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung wird hingewiesen. Danach muss in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren ein Netto-Gesamtumsatz in Höhe von durchschnittlich mind. 30 Mio. EUR erzielt worden sein. Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft müssen diese Anforderung in der Summe erfüllen.

Vordruck 5: Erklärung zur Anzahl der Beschäftigten

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Angaben über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal

Geschäftsjahr	jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

Auf die Mindestanforderungen unter Ziff. 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung wird hingewiesen. Danach muss n den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten jeweils mindestens 30 Personen betragen haben. Die Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft müssen diese Anforderung in der Summe erfüllen

Vordruck 6: Referenzen

Es gelten ausschließlich die Angaben auf dem nachfolgenden Vordruck (2 Seiten). Der Vordruck ist nach Bedarf zu kopieren und mehrfach einzusetzen. Hinsichtlich der besonderen Mindestanforderungen an die Referenzlage und insbesondere der Vergleichbarkeit einer Referenz mit dem zu vergebenden Auftrag wird auf Ziffer 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt der EU sowie die Angaben in der bereitgestellten Verfahrensbeschreibung verwiesen.

Danach gelten folgende **Mindestanforderungen an die Referenzlage**:

Es sind drei Referenzaufträge über vollständig im eigenen Betrieb oder mit Nachunternehmern erbrachte Leistungen nachzuweisen, die mit der zu vergebenden Leistung nach Art und Umfang vergleichbar sind. Dies ist jeweils dann der Fall, wenn im eigenen Betrieb und/oder unter Einsatz von Nachunternehmern Generalunternehmerleistungen mit Baukosten (KG 300 und KG 400 nach DIN 276) in Höhe von jeweils mindestens 30.000.000,00 EUR netto erbracht wurden. Die angegebenen Referenzen müssen im Zeitraum 01.01.2019 bis spätestens zum Ablauf der Bewerbungsfrist fertiggestellt und abgenommen worden sein.

Weiter müssen diese drei Referenzen zumindest kumulativ folgende weitere Anforderungen erfüllen:

- Baukosten (KG 300 und 400 nach DIN 276) i.H.v. mind. 45.000.000 EUR netto, nachgewiesen in mindestens einer der angegebenen Referenzen.
- BGF (DIN 277) von mind. 15.000 m², nachgewiesen in mindestens einer der angegebenen Referenzen,
- mindestens ein GU-Projekt Neubau einer Bildungseinrichtung
- mindestens eine Referenz umfasste neben dem Hochbau auch Tiefgründung
- mindestens eine Referenz umfasste auch die Ausführungsplanung
- mindestens eine Referenz wurde mit der Methode BIM realisiert

Im Falle einer Bewerberauswahl bei einer größeren Anzahl an Bewerbern, welche die vorstehenden Mindestanforderungen erfüllen, erfolgt eine vertiefte Beurteilung der angeführten Referenzaufträge hinsichtlich ihrer Vergleichbarkeit mit dem hier zu vergebenden Auftrag. Zur Methodik der Bewerberauswahl wird auf die näheren Erläuterungen in der bereitgestellten Verfahrensbeschreibung verwiesen.

Die Anzahl an Referenzen, die mit dem Teilnahmeantrag angeführt werden können, ist nicht beschränkt. Es werden aber nur die drei am besten bewerteten Referenzen bei der Bewerberauswahl berücksichtigt.

Inhaber der Referenz: _____

Referenznummer: _____

Referenzprojekt:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer):	
Art der Baumaßnahme:	Schlüsselfertige Errichtung ☐ einer weiterführenden Schule ☐ einer sonstigen Bildungseinrichtung ☐ Sonstiges Gebäude: _____
Bauwerkskosten KG 300 + 400 nach DIN 276 netto:	
BGF in m²:	
Leistungszeitraum (Monat/Jahr – Monat/Jahr):	_____ ☐ Fertigstellung nach 01/2019
Funktion im Projekt:	☐ Auftragnehmer ☐ Mitglied einer beauftragten Arbeitsgemeinschaft ☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges: _____
Niederlassung, welche das angeführte Referenzprojekt hauptverantwortlich ausgeführt hat:	
Erbrachte Planung- und Bauleistungen/ weitere Beschreibung:	☐ Tätigkeit als Generalunternehmer ☐ Auftrag umfasste auch Ausführungsplanung ☐ Referenz umfasste neben dem Hochbau auch Tiefgründung ☐ Referenz wurde mit der Methode BIM realisiert ☐ Referenz umfasste Errichtung eines Eisspeichers

Weitere Beschreibung: